

LK49

Prof. Wolfgang Peitz  
c/o Henrik Friedrich  
Tieckstraße 17  
01099 Dresden

Dresden, den 20.02.03

Tel. 0351 - 810 45 44

Rechtsanwaltskanzlei  
Dr. Reiner Fuellmich & Associates  
Herrn RA Prof. Dr. Schatz  
Senderstraße 37

Dr. R. Füllmich  
Anwaltskanzlei  
25. Feb. 2003

37077 Göttingen

**HMK- Firmengruppe / Freistaat Sachsen**

Sehr geehrter Herr RA Schatz,

hiermit übersende ich Ihnen meinen Bericht über meine Erfahrungen bei dem Versuch, eine Umschuldung der HMK-Firmengruppe zu erreichen und die dabei gemachten Erfahrungen mit den Behörden des Freistaates Sachsen. Da ich mich häufig im Ausland aufhalte, mein Bericht jedoch prozessuale Wirksamkeit entfalten soll, verfasse ich diesen in Form einer Eidesstattlichen Versicherung.

Versicherung an Eides statt

Über die Zeugenpflichten prozeßordnungsgemäß belehrt und informiert, mache ich folgende wahrheitsgemäße Aussage:

Im Frühjahr 2001 (Februar, März) wurde ich von dem ehemaligen Bankvorstand der Volksbank Singen, Herrn Werner Graf, gebeten, doch einmal in Penig/Sachsen vor Ort zu recherchieren und die Sachverhalte zu überprüfen, um danach ein geeignetes Umschuldungskonzept für die HMK-Firmen zu entwickeln. Zu diesem Zweck bekam ich lückenlos die Bilanzen 1997-99 eingehändigt, sowie die Unterlagen über die Auftragsbestände, die vorlagen, und zu jenem Zeitpunkt ca. DM 18 Mio. ausmachten. Darüber hinaus wurden mir alle Unterlagen der bisherigen Kreditengagements vorgelegt. Da zu jenem Zeitpunkt der Unternehmer selbst, Herr Heribert Kempen, schon schwer erkrankt war, standen mir vor Ort der Prokurist der Firmen, Herr Böhme, und die Assistentin von Herrn Kempen, Frau Swirbul, zur Seite. Beide gaben aus großer Sachkenntnis heraus erschöpfend Auskunft.

Der erste Eindruck, den man gewann, war sehr positiv: Der Firmensitz befand sich in einer unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Getreidemühle, die außerordentlich sorgfältig saniert und aufwendig ausgebaut worden war. Jeder Besucher konnte sofort erkennen, dass hier mit großer Kompetenz gearbeitet wurde. In Nachbarschaft zu dem Firmensitz befand sich ein saniertes Wohngebäude mit sechs Wohneinheiten, ebenfalls tadellos saniert und voll vermietet; wie überhaupt das ganze Ensemble einen äußerst gepflegten Eindruck machte. Im übrigen stellte ich sofort fest, dass die vorhandenen Mitarbeiter sehr engagiert mit ihrem Unternehmen verbunden waren und sich mit den Geschäftsgängen ganz und gar identifizierten. (Die Firmengruppe war nach ISO En 9001 zertifiziert, ein weiteres Qualitätsmerkmal.)

Der Prokurist der Firmengruppe, Herr Böhme, übernahm die Rolle des kenntnisreichen Cicerone und zeigte mir alle Immobilien, die im Besitz der Firmengruppe waren: alle in Bestlagen, alle im innerstädtischen Bereich und die sanierten sämtlich voll vermietet. Darüber hinaus gab es insgesamt sieben begonnene Baustellen, an denen die Arbeiten eingestellt waren. Für diese Objekte gab es von verschiedenen Banken Finanzierungszusagen in der Höhe von DM 15 Mio., insgesamt DM 5,7 Mio. waren bereits erbrachte Bauleistungen. Des Weiteren gab es einen Darlehens Kredit der Muttergesellschaft in Höhe von DM 2 Mio., die als Betriebsmittel für eine Zwischenfinanzierung bereitgestellt worden waren. Dieser Betriebsmittelkredit wurde dann aus der Hypothekenfinanzierung zurückgeführt, um mit diesen Mitteln neue Projekte anzuschließen, ein wohldurchdachtes und gut gesichertes System. Entsprechend positiv fiel das Testat der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernest & Young aus.

Auf diesem Hintergrund schien es für mich völlig unproblematisch, eine Finanzierung über DM 12 oder 15 Mio. zu besorgen, zumal dem ein Immobilienverkehrswert von DM 25 Mio. gegenüberstand, und außerdem der Wert der unterfertigten Bauleistungen als freie Liquidität wieder zurückgeflossen wäre.

Und dann kamen die Rückschläge, Rückschläge, die mit den erfolgreichen Geschäftsgängen der Firmen nichts zu tun hatten. Zunächst stellte sich heraus, dass der Kaufpreis eines Kunden blockiert wurde. Sodann gab die Volksbank Chemnitz zu verstehen, dass eine Zwischenfinanzierung nicht gewährt werden könnte, weil die Vermessung der Grundstücksgrenzen falsch sei und vom Kaufvertrag abwich. Das führte zu den ersten Stockungen. Von nun an erhöhten sich bei den Banken die Empfindlichkeiten u.a. auch deshalb, weil eine Gesellschaft in Insolvenz geschickt und für sie eine Auffanggesellschaft gegründet worden war. Ursache war ein Grundstückskaufvertrag mit der Stadt Penig, der wegen Nichterfüllung durch die Stadt Penig gecancelt worden war und für den die Stadt rechtswidrig einen Pfändungsversuch bei der Sparkasse Singen-Radolfzell unternommen hatte. (Die Stadt hatte nach Beurkundung des Kaufvertrages das Grundstück eigenmächtig verändert; ein Entschuldigungsschreiben des Bürgermeisters an die Sparkasse änderte am Sachverhalt nichts mehr.) Aber damit nicht genug: mit dem Grundstückskaufvertrag des Objektes Chemnitzer Straße 9-11 geschah das gleiche, es begann ein quälendes Verhandeln und Feilschen, die Kaufpreisfälligkeit war gar nicht gegeben, gleichwohl wollte die Stadt pfänden; die Aufsichtsbehörden taten nicht das, was sie pflichtgemäß hätten tun müssen; endlose Beschwerden und Schriftstücke gehen hin und her; alles lief zu Lasten der Unternehmen und verschlimmerte die Situation von mal zu mal.

Inzwischen war der Sommer herangekommen; die Banken reagierten immer empfindlicher, verwiesen diskret auf nicht geregelte Rechtsverhältnisse, wodurch ich mich veranlasst sah, doch zu versuchen, auf politischem Wege die Wogen zu glätten dergestalt, dass ich mit den verantwortlichen Stellen eine Schadensbegrenzung erreichen wollte. Ich setzte mich mit Vertretern des Regierungspräsidiums und Innenministeriums ins Benehmen, und einen Augenblick lang schien es so, als würde ich mit den Herren Hagenberg aus dem RP und Herrn Dr. Linnemann aus dem Innenministerium einen „Runden Tisch“ zustande bringen, um dem Ärger ein Ende zu setzen. Zu diesem Zeitpunkt hätte sich der Schaden auf DM 18 Mio. begrenzen lassen. Da ich mir aber politischen Vorgängen gegenüber stets ein gesundes Misstrauen bewahrt habe, das sich meistens auch als berechtigt herausstellt, versuchte ich neben Finanzierungsmodellen bei deutschen Banken auch Möglichkeiten bei Schweizer Banken auszuloten. Ich führte Gespräche mit der Credit Suisse, Herrn Schär, mit der UBS, Herrn Wiedemann, und auch noch mit österreichischen Banken, prüfte die Möglichkeit, mit einer japanischen Bankengruppe in Frankfurt und immer wieder natürlich mit Vertretern deutscher Bankenkonkordien, von Hypovereinsbank über Commerzbank bis Sparkassen. Am erfolgreichsten war ich noch bei der Deutschen Bank, aber inzwischen hatten sich die Auseinandersetzungen weiter verschärft. Es kam nicht zu dem angekündigten Gespräch, weil die Protagonisten Hagenberg und Dr. Linnemann offensichtlich relegiert worden waren. Und nun hatte der Bürgermeister der Stadt Penig auch noch eine Pressekampagne in seinem Amtsblatt gestartet, mit verleumderischen Aussagen gegen den Unternehmer Heribert Kempen. Die Presse griff die Vorgänge auf, Journalisten und Fernsehleute suchten um Gespräche nach. Manches erschien in der Presse. Fernsehbeiträge wurden abgesetzt und dann doch ausgestrahlt; der Staatssekretär aus dem Innenministerium, Dr. Buttolo, lud zu einem Hintergrundgespräch ein, um vor den Journalisten wahrheitswidrige Aussagen zu machen, die aber nicht verfangen, weil sich die Presseleute vor Ort selbst sachkundig gemacht hatten. Schließlich trat der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Herr Leroff, an mich und die Anwälte heran und bot „Vergleichsgespräche“ an. Sie sollten in seinem Büro zu Pirna stattfinden, wo sie dann unversehens zu „Nicht-Gesprächen“ mutierten, eine besonders originelle Wortschöpfung, die tiefe Einblicke in intellektuelle Horizonte eröffnet.

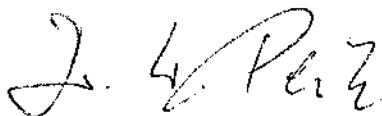
Spätestens nach diesen Gesprächen war mir klar: Es handelte sich durchgängig um politische Korruption, man hatte Fehler und Rechtsbrüche begangen, versuchte einander zu decken und hoffte, einen unbescholtenen Unternehmer ruinieren zu können, damit das eigene Versagen und die eigene Schuld unentdeckt blieben. Ich selbst war nicht bereit, diese Vorgänge so zu akzeptieren, weil man in meiner Generation auf Rechtsbrüche und staatliche Anmaßung, verursacht durch pflichtvergessene Beamte, besonders empfindlich reagiert. Also griff ich zur Feder und schrieb an Innen-, Justiz- und Finanzminister, sowie den Ministerpräsidenten, an den letztgenannten sogar mehrmals. Antworten bekam ich lediglich vom damaligen Justizminister in freundlichem Timbre, vom Innenminister hörte ich Nichtssagendes, und dass, obwohl ich ihm eigentlich in meinen Briefen einige Unfreundlichkeiten gesagt hatte, vom Ministerpräsidenten hörte ich nichts.

Von da an habe ich nur noch versucht, irgend etwas zustande zu bringen, um vielleicht doch über eine Umfinanzierung die eine oder andere Firma aus der Gruppe zu retten. Neben Verhandlungen mit Schweizer Banken ließ ich nichts unversucht vor Ort: Die Sparkasse Dresden versuchte ich über die Herren Brunotte und Gläser für

die Sache zu erwärmen, beim BHW war es Herr Rabe, der sich mit den Umständen beschäftigte, bei Wüstenrot Herr Hajer, am weitesten gediehen noch die Verhandlungen mit Herrn Ciciera von der Deutschen Bank Berlin. Aber immer endeten wir an der gleichen Stelle, den ungeklärten Rechtspositionen mit der öffentlichen Hand. Selbstverständlich hatte ich nie die Naivität, etwa zu glauben, der Petitionsausschuß des Landtages würde etwa Konstruktives zustande bringen. Als ich dann bei der Pressekonferenz des Abgeordneten Karl Nolle Zuhörer war und dort mit 23 anderen Fällen von Straftaten politischer Amtsträgern im gleichen Landkreis konfrontiert wurde, war ein letzter Rest an Illusionen bei mir verfliegen, zumal ich bei dieser Gelegenheit Unterlagen anderer Geschädigter einsehen konnte, die sich in ihren Verwaltungsfehlern außerordentlich ähnlich sahen. In allen Fällen wurden Straftaten gedeckt, wurde gelogen, vertuscht, beschönigt.

Ich ziehe die Summe und schließe mich in weiten Teilen der Ansicht der Berichterstatterin des Petitionsausschusses an: Es handelt sich auch um ein Ost-West-Problem; immerhin war Herr Kempen der größte private Immobilienbesitzer in der Stadt Penig und hatte dort die Filet-Grundstücke erworben. Darin liegt am Ende vielleicht wirklich das Motiv für die Straftaten. Auf alle Fälle steht für mich fest, dass im vorliegenden Fall und mit der Hilfe der Rechtsaufsichten ein unbescholtener westdeutscher Unternehmer in den Ruin getrieben werden sollte. Er sollte „verarmt“ werden, damit die stattgehabten „Schweinereien“ nicht aufgedeckt würden. Inzwischen ist der Schaden immens, und wir sind hoffentlich an dem Punkt angekommen, wo es heißen kann: „Und wenn mich doch der Kater frisst, so will ich rasch noch quinquilieren“ (Wilhelm Busch).

Beste Grüße



Prof. Wolfgang Peitz